



Hauptausschuss (12.) Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

15. März 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkt:

**Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben –
Politische Bildung muss alle mitnehmen!** (*Teilnehmende Sachver-
ständige und Stellungnahmen siehe Anlage*)

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

– Anhörung von Sachverständigen

* * *

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich zu unserer heutigen Anhörung, die der Hauptausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Bildung durchführt.

Sehr herzlich begrüße ich die Sachverständigen. Ich begrüße auch die Mitglieder beider Ausschüsse, die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung, Frau Korte, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und insbesondere Frau Springenberg-Eich, die uns von der Landeszentrale für politische Bildung aus auch unterjährig berät und mit uns zusammenarbeitet.

Ich begrüße die Referentinnen und Referenten, die Mitglieder der Verwaltung, den Sitzungsdokumentarischen Dienst, die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Wir haben mit dem 2. Neudruck der Einladung E 17/255 vom 13.03. zu dieser Ausschusssitzung eingeladen. Zur Tagesordnung liegen mir keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche der Fraktionen vor.

Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen! (*Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage*)

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

– Anhörung von Sachverständigen

Ich danke den Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen. Wie immer liegen Überstücke der Stellungnahmen sowie das Tableau über die teilnehmenden Sachverständigen aus.

Vorab möchte ich für die Sachverständigen und diejenigen, die sich an der Diskussion beteiligen wollen, einige organisatorische Hinweise mitteilen. Wir haben uns vorgenommen, diese Anhörung bis etwa 12 Uhr durchzuführen. In einer daran anschließenden Sitzung des Hauptausschusses werden weitere Themen behandelt, die zur Abstimmung oder weiteren Beratung stehen.

In der Obleuterunde haben wir uns darauf verständigt, auf Eingangsstatements allgemeiner Art zu verzichten, da uns Ihre schriftlichen Stellungnahmen vorliegen und ich davon ausgehe, dass diese gelesen wurden. Stattdessen können Sie das, was Sie in besonderer Weise einbringen wollen, in die Beantwortung der an Sie gerichteten Fragen einbauen. Der eine oder andere kleine Exkurs sei Ihnen gestattet, es hat sich aber bewährt, dies in den Kontext der zu beantwortenden Fragen einzubauen, weil es dann zu einem echten Gespräch und nicht zu einer Wiedergabe dessen, was wir bereits gelesen haben, kommt.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir zunächst jeweils maximal drei Fragen pro Fraktion zulassen. Ich bitte darum, diese Fragen gezielt an einzelne Sachverständige zu adressieren. Wir können gern mehrere Fragerunden durchführen; zur besseren Strukturierung und um die Fragen nicht aus dem Blick zu verlieren, wollen wir es aber bei dieser bewährten Vorgehensweise belassen.

Ich eröffne die erste Fragerunde.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herzlichen Dank seitens der SPD-Fraktion an die Sachverständigen für Ihr Erscheinen und Ihre Stellungnahmen. Die Stellungnahmen waren wie immer sehr interessant und haben uns sicherlich geholfen, den heutigen Vormittag zu strukturieren. Ich möchte Ihnen folgende drei Fragen stellen.

Erstens. Ist eine Landeszentrale für politische Bildung noch zeitgemäß, und was sollten Ihrer Meinung nach die wesentlichen Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung sein? – Diese Frage richte ich an Frau Dr. Öztürk, Frau Engler und Frau Professorin Dr. Zurstrassen.

Zweitens. Wie beurteilen Sie die Schaffung eines Kuratoriums zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung, und wie sollte das Kuratorium formal besetzt sein? Sollte es durch Parlamentarier besetzt werden? Wie sollten die Mitglieder benannt werden – durch Fraktionen oder in einem anderen Verfahren? – Diese Fragen richten sich an Herrn Professor Dr. Bremer, Frau Professorin Dr. Zurstrassen, Frau Engler und Frau Dr. Öztürk.

Drittens. Welche Erfahrungen gibt es mit Kuratorien in anderen Bundesländern und auf der Bundesebene? Diese Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Professor Dr. Bremer, Frau Professorin Dr. Zurstrassen, Frau Engler und Frau Dr. Öztürk.

Daniel Hagemeier (CDU): Vielen Dank auch seitens der CDU-Fraktion an die Sachverständigen für die Stellungnahmen. Ich möchte zunächst zwei Fragen an Herrn Dr. Burchardt richten.

Erstens. Was meinen Sie mit der Aussage, dass die Schule zur Wahrnehmung der politischen Bildung erst wieder befähigt werden muss? Zweitens. Wo sehen Sie hier generell politischen Handlungsbedarf?

Eine weitere Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Zurstrassen. Wie konkret kann die politische Bildung an unseren Schulen gefördert werden?

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite für die ausführlichen Stellungnahmen und Ihre Bereitschaft, mit uns darüber ins Gespräch zu kommen.

Wir stehen vor der Herausforderung, dass auch die politische Bildung sich in einer pluralen Gesellschaft weiterentwickeln muss. Die eine oder andere Stellungnahme geht darauf ein. Frau Benbrahim, was heißt „in einer pluralen Gesellschaft“ aus Ihrer Sicht – auch mit Bezug auf inhaltliche Dimensionen? Sie haben darauf hingewiesen,

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

dass bislang eher vernachlässigte Faktoren wie Gender-, Diversity- und Queer-Aspekte mit abgebildet werden müssen. Was bedeutet das für die Zielgruppenerreichung, und wie muss sich die politische Bildung dann auch weiterentwickeln? – Ich richte diese Frage außerdem an Frau Dr. Öztürk und Herrn Dr. Burchardt.

Meine zweite Frage richtet sich ebenfalls an Frau Benbrahim vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit sowie an Frau Professorin Dr. Zurstrassen. Mit Blick darauf, was in der Schule zur Weiterentwicklung und Verankerung politischer Bildung notwendig ist: Welche Bedeutung hat der außerschulische Raum und welche besonderen Vorteile bieten sich dort bzw. auf welcher Seite liegen jeweils die Vorteile?

Drittens, gerichtet an Frau Dr. Öztürk und Herrn Dr. Burchardt: Wo sollte Ihrer Meinung nach eine Landeszentrale organisatorisch angesiedelt sein, um ihren Auftrag möglichst unabhängig erfüllen zu können?

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank an die Experten, dass Sie sich unseren Fragen stellen. Meine erste Frage richtet sich an Frau Dr. Öztürk und Herrn Dr. Burchardt.

Sie haben in Ihren Stellungnahmen zu Recht darauf hingewiesen, dass politische Bildung zunächst einmal in der Schule stattzufinden hat. Liegen Ihnen irgendwelche Erkenntnisse vor, dass dies möglicherweise unzureichend geschieht? Können Sie verdeutlichen, inwieweit der Wegfall eines gesamten Jahres Geschichtsunterricht durch G8 schädlich für die politische Bildung ist? Inwiefern ist auch naturwissenschaftliche Bildung wichtig für die politische Bildung, obwohl dieser Zusammenhang zunächst möglicherweise nicht so offensichtlich erscheint?

Außerdem: Inwiefern ist die Intensivierung von Sprachunterricht – ich meine nicht nur den Fremdsprachenunterricht, sondern in diesem Falle, weil wir in Deutschland leben, gerade den Deutschunterricht – ganz dringend notwendig, um überhaupt die Fähigkeit zu erlangen, die Komplexität unserer Wirklichkeit zu erfassen? Ich spreche also von Politikunterricht durch das Schaffen sprachlicher Grundlagen.

An Frau Professorin Dr. Zurstrassen gerichtet: Betrachten Sie politische Bildung eher als Handwerk oder gestehen Sie zu, dass dazu auch eine kognitive Erfassung gehört? Ist Ihnen zweitens bekannt, dass es in den Schulen bereits seit Langem Mitbestimmungskonzepte gibt, die zum Teil sehr differenziert sind? Je nach Charakter des Schulleiters – es mag Ausnahmen geben – werden sie sehr transparent gehalten. Hat drittens nicht die Expertise der Universität Bonn Recht, dass Sprache und Geschichte Basis der politischen Bildung sein müssen? Auch an Sie richte ich daher die Frage nach der Rolle der Naturwissenschaften im Bereich der politischen Bildung. Ich verweise auf den Dieselskandal, die Energiewende usw., wo Bischöfe in der Ethikkommission darüber bestimmen, wie der Energiehaushalt geregelt werden muss.

Außerdem: Wie kommen Sie darauf, dass es möglicherweise soziale Vorurteile bei Lehrerinnen und Lehrern gibt, die zunächst abgebaut werden müssten? Ich habe das beim Lesen so aufgefasst, Sie können mich aber gern korrigieren, wenn ich falsch liege.

– Darf ich nun auch noch an Frau Benbrahim Fragen stellen?

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Sie dürfen an jeden Fragen stellen, aber insgesamt nur drei!

Helmut Seifen (AfD): Ach so. Das sind strenge Regeln hier im Hauptausschuss, aber ich werde mich daran halten.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Wir machen ja noch eine weitere Runde, von daher ist es kein Problem, gleich noch weitere Fragen zu stellen.

Helmut Seifen (AfD): Dann mache ich das so und überfrachte es jetzt nicht.

Angela Freimuth (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion herzlichen Dank für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und Ihre Bereitschaft zu ergänzenden Erläuterungen. Ein Hinweis zur Beantwortung der Fragen: Ich nehme es nicht persönlich, wenn Sie sich dem Mikrofon und damit mir den Rücken zuwenden. Im Ergebnis haben wir alle etwas davon, wenn Sie zwecks leichter Protokollierung ins Mikrofon sprechen.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Burchardt und an Frau Professorin Dr. Zurstrassen, bezugnehmend auf den außerschulischen Bereich der politischen Bildung. Die Gesellschaft zeigt sich heutzutage immer gespaltener, und vermehrt gibt es Populismus und Extremismus – sowohl Links- als auch Rechtsextremismus. Die Gesellschaft ist Radikalisierungen in unterschiedlichen Bereichen ausgesetzt. Inwiefern ist aus Ihrer Sicht die Einführung eines Kuratoriums – wie vorgeschlagen – geraten?

Im Beispiel der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung wird ein solches Kuratorium durch Landtagsabgeordnete aller Fraktionen besetzt. Inwiefern kann die Landeszentrale für politische Bildung bei ihrer Arbeit durch ein solches Kuratorium gestärkt und bei der Anpassung an die steigenden Herausforderungen unterstützt werden? Sind diese Herausforderungen eher inhaltlicher Art oder institutionell zu beeinflussen bzw. können unterstützende Rahmenbedingungen gesetzt werden?

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Das war eine umfangreiche erste Runde. Ich hatte das Gefühl, Sie hätten Angst, dass es keine zweite Runde gäbe. Ich schlage vor, dass Sie zunächst beginnend bei Frau Dr. Öztürk in der Reihenfolge der Sitzordnung die Fragen beantworten, die jeweils an Sie gerichtet worden sind. Dann gehen wir der Reihe nach.

Dr. Asiye Öztürk (Bundeszentrale für politische Bildung): Im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung: Vielen Dank für die Gelegenheit, hier heute teilnehmen zu dürfen. Aus Sicht der Bundeszentrale ist mir etwas unwohl dabei, mit der Frage beginnen zu müssen, ob die Landeszentralen zeitgemäß sind.

(Heiterkeit)

Hauptausschuss (12.)
Ausschuss für Schule und Bildung (14.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

15.03.2018
exn

Ich würde aber wohl auch in jeder anderen Konstellation die Frage so beantworten, wie ich es jetzt tun werde – zum einen aus Sicht der Bundeszentrale und zum anderen aus Sicht der Profession.

Aus Sicht der Bundeszentrale muss ich betonen, dass der Auftrag der Bundeszentrale sich auf die bundesweite Perspektive bezieht und nicht so weit gehen kann, dass man in die Länder, Regionen und lokalen Kontexte hineingehen kann. Gleichzeitig leben wir aber in einer Zeit, in der die Erlebbarkeit von Politik und Partizipation vor Ort notwendiger denn je ist.

In einem solchen Kontext sind die Landeszentralen sehr wichtige Partner für uns – nicht nur, weil sie Räume und Themen besetzen, die die Bundeszentrale nicht besetzen kann, sondern weil sie sehr wichtige Partner für die politische Bildung sind, die auf Bundesebene stattfindet. Sie sind sehr wichtige Kompetenzträger und stellen für uns Erfahrungs- und Wissensquellen dar, von denen wir in der Erarbeitung von Bildungsangeboten für die Bundesebene sehr profitieren. Natürlich sind sie also sehr zeitgemäß als Institution, und sie sind sehr notwendig als Partner der politischen Bildung.

Zur Perspektive der Profession der politischen Bildung: Ihre Fragen enthielten schon die eine oder andere Gegenwartsanalyse – Stichworte: Polarisierung, Populismus, Extremismus. Ich würde dem noch einige Stichworte hinzufügen, und zwar: Misstrauen in politische Verfahren, Misstrauen in Instanzen der repräsentativen Demokratie, Misstrauen in politische Entscheidungsträger.

In einem solchen Kontext – und vor tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen kultureller und sozialer Natur stehend – Räume zu finden, in denen man diese gesellschaftlichen Veränderungen diskursiv und politisch verhandeln kann, ist sehr wichtig, um das System der repräsentativen Demokratie lebendig zu halten. Angesichts der Gegenwartsdiagnose stellt sich die Frage meiner Meinung nach nicht, ob es zeitgemäß ist, über politische Bildung zu verfügen.

Der Blick auf die Zahlen zur politischen Partizipation und auf Indikatoren dazu zeigt, dass es eigentlich offensichtlich ist, wie wichtig politische Bildung ist. Sie ist wichtiger denn je, und sie ist kein Luxus, den man am Küchentisch in den Familien betreibt, sondern der systematisch und seitens des Staates gefördert werden muss, wenn man das politische System lebendig halten möchte.

Zur Frage, ob es ein Kuratorium geben sollte bzw. zu dessen Besetzung: Die Bundeszentrale für politische Bildung hat drei Aufsichtsgremien. Das erste Gremium ist der wissenschaftliche Beirat, der auf die Wissenschaftlichkeit der Arbeit der Bundeszentrale achtet, das zweite ist das Kuratorium, das durch Vertreter aller Parteien im Bundestag besetzt ist, und das dritte und wirkmächtigste Aufsichtsgremium ist die Dienst- und Fachaufsicht. Sie ist im Bundesinnenministerium verankert, da die Bundeszentrale für politische Bildung eine Behörde im Geschäftsbereich des BMI ist.

Die Bedeutung des Kuratoriums für die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung ist sehr groß, da es auf die Überparteilichkeit der Angebote achtet. In Zeiten, in denen Polarisierungen eine wichtige Rolle im politischen Betrieb spielen, ist das ein wichtiger Aspekt, um als staatliche politische Bildungseinrichtung Legitimität und

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Glaubwürdigkeit zu bewahren. Das Kuratorium ist also der Ort, an dem wir nicht nur als Institution die Überparteilichkeit unserer Arbeit rechtfertigen und darstellen können und müssen, sondern wo uns auch gespiegelt wird, an welcher Stelle man unter Umständen neu justieren oder zumindest reflektieren müsste.

Ein zweiter Aspekt, der mit der Rolle des Kuratoriums verbunden ist, ist, dass die Arbeit der Bundeszentrale eine andere Form der Legitimität erlangt, wenn sie vor einem Kuratorium gerechtfertigt bzw. verhandelt wird. Der Aspekt der Legitimität und Glaubwürdigkeit ist in Zeiten, in denen der Verlust von Vertrauen in die Institutionen zunimmt, sehr wichtig.

Die Besetzung des Kuratoriums betreffend habe ich schon angedeutet, dass es sowohl ein wissenschaftliches als auch ein politisches Gremium gibt. Meines Wissens werden in den Debatten hier auch Mischformen angedacht. Aus der Erfahrung der Bundeszentrale kann ich sagen, dass diese Trennung zwischen wissenschaftlichem und politischem Gremium sich durchaus bewährt hat, da das erlaubt, spezifischer und präziser zu diskutieren bzw. die eigene Arbeit zu reflektieren. Ich nehme an, dass es auch andere Erfahrungen geben wird; die Bundeszentrale für politische Bildung hat aber die Erfahrung gemacht, dass sich diese Aufteilung durchaus bewährt hat.

Damit habe ich im Grunde auch schon die nächste Frage zu den Erfahrungen mit Kuratorien beantwortet.

Frau Paul hat gefragt, was die zunehmende Diversität und Heterogenität in der Gesellschaft für die Profession der politischen Bildung und für die Institutionen bedeutet. Ich möchte das an zwei Stichpunkten festmachen. Zum einen geht es um die Glaubwürdigkeit und zum anderen um die Reichweite der eigenen Arbeit.

Wenn man sowohl glaubwürdig sein will als auch eine große Reichweite des eigenen Angebots erzielen möchte, muss man möglichst zielgruppenspezifische Angebote erstellen. Sie müssen an den Lebenswelten und Interessen der einzelnen Zielgruppen ansetzen und diesen Zielgruppen entsprechende Identifikationsmöglichkeiten bieten. Es werden Angebote benötigt, die den Zielgruppen Möglichkeiten bieten, sich wiederzufinden. Es geht also um eine gewisse Form der Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt, die sich in der thematischen, strukturellen und personellen Vielfalt der Institution selbst spiegelt.

Das ist eine sehr allgemeine Darstellung – ohne ins Detail zu gehen, was das konkret für Bildungsinhalte bedeutet. Wenn man Glaubwürdigkeit und möglichst breite Wirksamkeit anstrebt, muss man sich gesellschaftlichen Realitäten anpassen.

Frau Paul, Sie hatten auch nach den Vorteilen außerschulischer politischer Bildungsräume gefragt. Es wurde auch die Frage nach der Bedeutung der schulischen politischen Bildung gestellt. Als Bundeszentrale erlauben es uns sowohl die Erlasslage als auch die Prinzipien des Föderalismus nicht, direkt an Schulen zu gehen. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Unsere Wirkungsräume sind daher per se die außerschulischen politischen Bildungsräume. Das ist der Raum, der uns offensteht und den wir mit unseren Angeboten erreichen möchten und müssen.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Zweitens. Betrachtet man die Entwicklung politischer Lernprozesse in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten und wie sich politisches Lernen auch jenseits traditioneller Bildungsorte in sozialräumliche Welten hineinverlagert hat, wird meiner Meinung nach sehr deutlich, wie wichtig außerschulische politische Bildungsorte geworden sind. Das bezieht sich auf die Stichworte „Rezeptionsgewohnheiten“, „Veränderung politischen Lernens“ und „Veränderung der politischen Lernorte“ in Ihren Fragen.

Sie haben außerdem gefragt, wo die Landeszentrale angesiedelt sein sollte. Es fällt mir etwas schwer, die Frage zu beantworten. Es gibt unterschiedliche Diskussionen zur Ansiedlung der Bundeszentrale die verschiedenen Ressorts und die Anbindung an den Bundestag betreffend. Diese Diskussionen gibt es also auch auf Bundesebene.

Es hat alles Vor- und Nachteile, und es gibt Beispiele für sämtliche Konstellationen. Für eine Institution der politischen Bildung, die sich vor allem mit außerschulischer politischer Bildung beschäftigt, ist es wichtig, dass sie möglichst großen Gestaltungsspielraum und möglichst große Unabhängigkeit haben sollte, sofern das für eine staatliche Institution möglich ist. Diese Spiel- und Gestaltungsräume zu haben, ist meiner Meinung nach wichtiger als die Frage, wo man letztendlich angesiedelt ist.

Wenn es der Auftrag ist, möglichst viele Zielgruppen zu erreichen und möglichst intensiv politische Bildungsangebote zu schaffen, braucht man diese Gestaltungsmöglichkeiten, um sich auf gesellschaftliche Veränderungen und Anforderungen einstellen zu können, möglichst dynamisch zu sein und den von außen herangetragenen Erwartungen gerecht zu werden. Gestaltungsspielraum braucht man auch für den Kontrollverlust, den man in der heutigen Zeit in der politischen Bildungsarbeit eingehen muss, wenn man möglichst breit Zielgruppen ansprechen möchte. Mein Plädoyer ist also, eher auf Gestaltungs- und Freiräume zu achten als auf die institutionelle Anbindung.

Herr Seifen, Sie haben gefragt, ob Erkenntnisse dazu vorliegen, dass politische Bildung in Schulen nicht ausreichend stattfindet. Es gibt unterschiedliche Untersuchungen auf Länderebene die Entwicklung des Politikunterrichts betreffend. Eine der prominentesten Debatten – basierend auf der entsprechenden Studie – wird um den Rückgang des Politikunterrichts in Sachsen geführt. Untersuchungen dazu werden nicht erst seit zwei Jahren durchgeführt; eine der ersten Studien ist vor etwa zehn Jahren von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht worden. Dort wird sehr deutlich, wie in den letzten 20 Jahren der Politikunterricht systematisch auf eine oder zwei Stunden pro Woche reduziert wurde. Die genauen Zahlen habe ich nicht parat – das kann gerne recherchiert und nachgereicht werden –, der Kern der Sache ist aber, dass der Politikunterricht massiv zurückgefahren wurde.

Ich nehme an, dass das nicht die einzige Erklärung für die eine oder andere Beobachtung, die man machen kann, ist, allerdings gibt es ähnliche Untersuchungen auch für andere Bundesländer. Es gibt also harte Zahlen, die darauf hinweisen, dass zumindest die Stundenzahl zurückgefahren wurde, was ein Indikator für nicht ausreichende politische Bildung ist.

Habe ich es richtig erfasst, dass es dann noch um die Rolle der Naturwissenschaften im Politikunterricht ging?

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

(Helmut Seifen [AfD]: Nicht im Politikunterricht, sondern für die politische Bildung!)

– Das ist ein sehr wichtiger Punkt und meiner Meinung nach eine hochinteressante Debatte. Gerade in polarisierenden und populistischen Kontexten stellt sich die Frage nach einer wissenschaftlichen Erkenntnis: Welche Rolle spielen wissenschaftliche Erkenntnisse und Evidenz in politischen Entscheidungen?

Man kann die Diskussion nun philosophisch aufziehen und sich ihr über die Aussagekraft und Wirkmächtigkeit quantitativer Daten nähern. In jedem Fall sollte die Frage wissenschaftsbasierter Bildung bzw. einer wissenschaftsbasierten politischen Debatte durchaus intensiver diskutiert werden – ohne aber dabei der Illusion zu verfallen, allein mit Wissenschaft politische und gesellschaftliche Prozesse erklären oder entscheiden zu können. Gerade, wenn es um politische Bildung geht, stellt sich die Frage, welche Rolle die jeweiligen Bezugswissenschaften in den jeweiligen Angeboten spielen. In diesem Fall geht es nicht nur um die Politikwissenschaft, sondern um sozialwissenschaftliche Erkenntnisse insgesamt.

Das ist eine Diskussion, die wir in der Tat auch innerhalb der Bundeszentrale intensiver und auch weiterhin führen möchten – unter anderem entlang der Frage, woran sich Wahrheit festmacht, was Wahrheit eigentlich ist und wie man das in Bildungsangeboten widerspiegeln kann bzw. was es für uns heißt.

Zur Rolle von Sprachunterricht für Politik und politisches Verständnis: Ich bin zwar keine Sprachwissenschaftlerin, aber politische Aushandlungen, Verhandlungen und Partizipation finden in jedem Fall durch Kommunikation in unterschiedlichsten Formen und Formaten statt. Ich bin der Meinung, dass natürlich eine Mindestbasis an Sprachkompetenz notwendig ist, um politisch partizipieren zu können.

Mit Blick auf die Diskussionen um einfache und leichte Sprache im Bereich der Inklusion und der inklusiven politischen Bildung gibt es sehr interessante neue Erkenntnisse dazu, wie mit Sprache gespielt werden kann und welche unterschiedlichen Komplexitätsgrade Sprache haben kann und muss, um politische Sachverhalte zu vermitteln. Das hängt mit der Frage zusammen, inwiefern und auf welche Art und Weise man politische Sachverhalte elementarisieren kann, um sie dann in einfache und leichte Sprache zu gießen. Der Kontext der einfachen und leichten Sprache ist sehr interessant, und man kann aus ihm Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Sprachkompetenz ziehen. Zwar kann ich dazu keine abschließenden Thesen formulieren, aber es ist zu beobachten, dass filigrane Sprachkompetenz nicht zwangsweise notwendig ist, um politisch partizipieren und diskutieren zu können.

Frau Freimuth, wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie nach Rahmenbedingungen für die Gestaltung und die Abläufe eines Kuratoriums – sollte ein solches eingerichtet werden – gefragt.

(Angela Freimuth [FDP]: Auch!)

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Hätte ich Ihre Fragen vorher gekannt, hätte ich mir dazu schöne Visionen zurechtgelegt. Wichtig ist, ganz grundsätzlich zu definieren, ob das Kuratorium ein Beratungsgremium, ein Aufsichtsgremium oder ein Gremium mit konkreten Entscheidungsmöglichkeiten sein soll. Falls es Letzteres sein soll, ist zu klären, nach welchen Verfahren und Mechanismen Entscheidungen getroffen werden können. Die Frage ist also, wie letztendlich das Verhältnis zwischen Kuratorium und Landeszentrale gestrickt ist und wie es sich zu dem meiner Meinung nach sehr erstrebenswerten Prinzip der größtmöglichen Gestaltungsfreiheit der Landeszentrale verhält.

Die Frage ist auch, wie intensiv politische Beratungsinterventionen gegenüber der Landeszentrale vorgenommen werden können – gerade vor dem Hintergrund, dass die Glaubwürdigkeit der Landeszentrale das wichtigste Kapital für ihre Akzeptanz und damit im Grunde genommen auch für den Erfolg ihrer Arbeit ist.

Der Eindruck, man hätte es hier mit einem weiteren Politisierungsgremium zu tun, das die Arbeit der Landeszentrale politisch vorgibt und steuert, wäre meiner Ansicht nach fatal, weil es damit eigentlich ein weiteres Dienst- und Fachaufsichtsgremium wäre, was im Grunde das Ministerium schon leistet. Es dürfte also kein zweiter Dienstherr sein, sondern müsste einen beratenden Charakter beibehalten. Das organisatorisch festzuhalten, wäre für die Arbeit der Landeszentrale enorm wichtig.

Ulrika Engler (Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen): Herzlichen Dank für die Einladung und dafür, dass Sie auch an die neue Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen gedacht haben. Uns gibt es seit etwa einem Jahr wieder, was meiner Meinung nach bereits ein gutes Argument dafür ist, wie wichtig und zeitgemäß Landeszentralen für politische Bildung gerade heutzutage sind.

Nachdem die Landeszentrale für politische Bildung 2004 in Niedersachsen abgeschafft wurde, wurde sie nun wieder eingerichtet. Es war beeindruckend, mit wie viel Begeisterung sie von vielen verschiedenen Seiten aufgenommen wurde: von Trägern und Akteuren der politischen Bildung – sowohl Erwachsenenbildung als auch Jugendbereich –, von Initiativen, Sport oder Feuerwehr. Daraus wird deutlich: Wir leben in einer Zeit, in der politische Bildung mehr denn je gefragt ist.

Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch viele verschiedene Akteure, fragen sich aktuell, wohin es mit unserer Demokratie geht. Dafür brauchen sie eine Fachstelle. Zu den wesentlichen Aufgaben einer Landeszentrale gehört es, eine Fachstelle für politische Bildung im Land sicherzustellen, um durch Expertise zentrale und aktuelle Fragen der politischen Bildung beantworten zu können. Sie stellt auch eine sichere Quelle in Zeiten von Fake News dar. An uns werden Anfragen gestellt, überparteilich Bewertungen abzugeben, und darum geht es auch bei der Frage nach einem Kuratorium.

Für uns als Landeszentrale in Niedersachsen ist es ein besonderer Auftrag – ich halte das aber auch generell für wichtig –, eine vernetzende Struktur zu bieten. Wir werden häufig als neutraler Ort angefragt – da geht es wieder um Überparteilichkeit –, an dem

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Akteure und Menschen, die in der politischen Bildung aktiv sein wollen, sich weiterentwickeln wollen. Sie ist ein Ort, an dem man Themen kontrovers und aus verschiedenen Perspektiven diskutieren kann.

Es werden auch verschiedene Akteure zusammengebracht – sowohl Akteure, die Profis in der politischen Bildung sind, als auch andere Akteure, die das Interesse haben, sich mehr für die Stärkung der Demokratie einzusetzen. Es ist unser Hauptauftrag als Landeszentrale, in dieser Hinsicht eine Plattform zu bieten.

Ganz wichtig finde ich die Funktion als Schnittstelle, die wir als Landeszentrale einnehmen. Wir sind eine Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Regierung. In dieser Funktion werden wir sehr häufig angefragt, und es ist unsere Aufgabe, dies sicherzustellen und Zugänge zu schaffen.

Um zeitgemäß zu sein, ist es Anspruch und Anforderung an Landeszentralen, dass wir aktuelle Themen aufgreifen und aktuelle Entwicklungen mitgehen. Die Digitalisierung ist in dieser Hinsicht sehr wichtig. Im digitalen Zeitalter müssen wir die politische Bildung voranbringen und die Formate kontinuierlich weiterentwickeln. Wir fragen uns, wo digitale Formate Sinn ergeben, wo wir das Thema „Digitalisierung“ einfließen lassen und wo es aber auch an Grenzen stößt. Es geht nicht darum, dass alles digital sein muss, sondern darum, wo das Digitale eine gute und qualitätsvolle Unterstützung ist, um unsere Ziele in der politischen Bildung zu erreichen.

Die Frage nach einem Kuratorium beantworte ich aus meiner Perspektive mit einem klaren „Ja“, was ich gleich auch mit unseren Erfahrungen verknüpfen werde. Gerade hinsichtlich Überparteilichkeit und Unabhängigkeit ist ein Kuratorium sehr wichtig. In Niedersachsen wurde das Thema ebenfalls ausführlich diskutiert. Wenn eine Institution völlig neu aufgestellt wird, geht es auch darum, wie diese Institution begleitet wird. Gerade aus dem politischen Feld heraus und vor allem seitens der Opposition wurde ein Kuratorium sehr stark gefordert – in unserem Fall ein Kuratorium mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen.

Auch für die Arbeit der Landeszentrale halte ich ein Kuratorium für sehr hilfreich. Einerseits bietet es Rückhalt, andererseits wird klar, wer im Landtag für das Thema „politische Bildung“ Ansprechpartner ist. Es ist für uns als Landeszentrale, aber auch für viele andere Akteure, wichtig, deutlich zu machen, welche Personen für unsere Anliegen ansprechbar sind.

Das Kuratorium liefert der politischen Bildung darüber hinaus eine andere Sichtbarkeit. Es ist für Akteure der politischen Bildung ein Dauerthema, wie wir unsere wichtigen Anliegen sichtbar machen und kommunizieren können. Auch dafür ist ein Kuratorium meiner Ansicht nach sehr wichtig.

Bei uns gibt es zwei Gremien. Neben dem Kuratorium, das rein durch die Politik besetzt ist, gibt es auch einen Fachbeirat, in dem verschiedene Akteure der politischen Bildung und der Wissenschaft gekoppelt vertreten sind und welcher die Landeszentrale fachlich berät. Vertreten sind darin Akteure aus Erwachsenenbildung, Jugendbildung – der Landesjugendring –, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Ebenso wie das Kuratorium ist er mit neuen Personen und Institutionen

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

besetzt, die die fachliche Beratung und Begleitung sicherstellen – vor allem mit dem Ziel, als Landeszentrale die Pluralität der Akteurinnen und Akteure im Feld im Blick zu haben und nicht einseitig zu werden.

Das Gesagte zeigt, dass die Landeszentrale in Niedersachsen außerschulisch angesiedelt ist. Wir sind nicht im Kultusministerium und damit im Schulbereich angesiedelt – die Überlegung gab es –, sondern im außerschulischen Bereich beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur, in dem auch die Erwachsenenbildung verortet ist. Der klare Auftrag ist, die außerschulischen Formate zu bedienen, weil diese zusätzlich zur Schule im non-formalen Bereich ganz eigene Ziele verfolgen und sich den Themen „Freiwilligkeit“ und „Motivation“ widmen sowie andere Bildungsformate nutzen.

Die Verbindung zur Schule ist uns aber sehr wichtig, und die Kooperation mit dem Kultusministerium ist sehr gut. Meiner Meinung nach müssen wir in der politischen Bildung noch mehr darauf achten, Synergien zu erzeugen, ohne die Identität der jeweiligen Bereiche aufzugeben.

In Niedersachsen gibt es also mit dem Fachbeirat und dem Kuratorium zwei Gremien, angegliedert am Ministerium für Wissenschaft und Kultur. In allen entsprechenden Dokumenten wird hervorgehoben, dass es um eine unabhängige Institution geht, die ressort- und parteiübergreifend fachlich orientiert politische Bildung macht.

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung e. V.): Im Namen der Deutschen Vereinigung für politische Bildung danke ich für die Einladung zur heutigen Anhörung. Ich beginne mit der Frage nach der Zeitgemäßheit der Landeszentralen für politische Bildung.

In den 70 Jahren des Bestehens der Landeszentralen für politische Bildung haben sie nie ihre Zeitgemäßheit eingebüßt. Demokraten werden nicht geboren, sondern sie brauchen politische Bildung, um demokratisch handeln zu können. Frau Dr. Öztürk hat sehr ausführlich dargestellt, mit welchen Problemen wir derzeit gesellschaftlich konfrontiert werden. Meiner Meinung nach brauchen wir Landeszentralen für politische Bildung daher umso mehr.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist ein wichtiger gesellschaftlicher Akteur, weil sie politischer Bildung Sichtbarkeit verleiht. Sie ist außerdem ein Scharnier zwischen den Akteuren der politischen Bildung – beispielsweise den Anbietern für politische Bildung – und der Politik. In dieser Hinsicht werden viele kommunikative Prozesse initiiert.

Sie ist meines Erachtens aber auch ein ganz zentraler Akteur in der Weiterentwicklung von politischer Bildung. Dazu möchte ich auch auf den Antragstext eingehen. Die Landeszentrale für politische Bildung war eine derjenigen Institutionen, die sehr stark forciert haben, dass politische Bildung sich verstärkt denjenigen Sozialgruppen öffnet und zuwendet, die in der politischen Bildung lange Zeit nicht sichtbar waren. Das gilt beispielsweise für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, mit formal geringem Bildungshintergrund und auch für Personen aus sozioökonomisch schlechter gestellten

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Haushalten. Diese Gruppen waren für lange Zeit in der politischen Bildung kaum präsent. Die Landeszentrale hat massiv dazu beigetragen, die Sichtbarkeit dieser Sozialgruppen zu stärken.

In Bezug auf die Einrichtung eines Kuratoriums bin ich sicherlich nicht die ideale Expertin, um auf diese Frage zu antworten. Ich habe aber die Ausführungen von Frau Dr. Öztürk und von Frau Engler mit großem Interesse verfolgt und bin der Meinung, dass es durchaus eine sinnvolle Institution sein kann. Wichtig ist allerdings, dass die Unabhängigkeit der Landeszentrale bestehen bleibt, weil sie zentral für die Glaubwürdigkeit dieser Institution sowie für ihre Akzeptanz in der Gesellschaft ist.

Erfahrungen mit einem solchen Kuratorium habe ich nicht. Deshalb werde ich mich auch nicht weiter dazu äußern.

Zur Frage, wie politische Bildung an unseren Schulen gestärkt oder weiterentwickelt werden kann – Herr Hagemeier und Frau Paul hatten entsprechende Fragen gestellt – lassen Sie mich feststellen: Empirische Untersuchungen zeigen, dass im Feld der sozialwissenschaftlichen Bildung die politischen und sozialen Inhalte immer weiter verdrängt werden. Die Chancen, Politik zu lernen, werden also immer geringer. Wir halten das für hoch problematisch.

Zudem gibt es einen hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte. Ich möchte deren Arbeit nicht disqualifizieren, empirische Studien zeigen aber, dass die Lernerfolge höher sind, wenn die Lehrkräfte fachgerecht ausgebildet worden sind.

Politische Bildung wird häufig eben nicht erteilt. Politik ist ein Unterrichtsfach, das an den Rand gedrängt wird, in dem Stunden ausfallen und welches für andere Inhalte verwendet wird. Nach und nach können wir einen Prozess des Umdenkens beobachten, aber das muss sicherlich auch politisch forciert werden. Politische Bildung muss in den Curricula deutlich gestärkt werden – daran haben wir alle ein Interesse. Wir alle möchten in einer Demokratie leben – mit Bürgerinnen und Bürgern, die befähigt sind, auch entsprechend handeln zu können.

Zur Weiterentwicklung der politischen Bildung: Zunächst einmal gibt es erheblichen Forschungsbedarf. Bei vielen der Lehr- und Lernmethoden wissen wir gar nicht, wie sie wirken oder ob sie bei allen Sozialgruppen ähnlich wirken bzw. ob sie ausschließende Tendenzen haben. Einzelne Untersuchungen weisen auf das eine oder andere hin.

Ich sehe ein sehr großes Weiterentwicklungspotenzial der schulischen politischen Bildung in der Kooperation mit der außerschulischen politischen Bildung. Wir versuchen in der deutschen Vereinigung für politische Bildung, das massiv zu forcieren, weil die sich die Kompetenzen von außer- und innerschulischer politischer Bildung sehr gut ergänzen können. Das gilt nicht nur für den Nachmittagsbereich, sondern auch für den Unterricht selbst. Wir würden sehr dafür plädieren, analog zu den Praktika – zum Beispiel Betriebspraktikum und Schülerfirmen – Lernformate in den Schulen einzuführen, die soziales und politisches Lernen fördern. Weiterentwicklungsbedarf sehe ich außerdem in der Stärkung fächerübergreifenden Lernens.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Herr Seifen, Sie haben die Frage gestellt, ob politische Bildung ein Handwerk ist oder eher kognitiver Fähigkeiten bedarf. Wir betrachten politische Bildung als ganzheitliches Konzept: Herz, Hören und Hand. Demokratie kann man nicht nur kognitiv erdenken, sondern man muss sie gewissermaßen auch fühlen und entsprechend handeln können. Für uns stellt sich daher gar nicht die Frage, ob es des einen oder des anderen bedarf, sondern wir sehen es ganzheitlich.

Sie sprachen außerdem die Mitbestimmungskonzepte in den Schulen an. Wir haben den Eindruck und bekommen auch entsprechende Rückmeldungen, dass die Schulen sehr verantwortungsbewusst mit diesen Konzepten umgehen. Meines Erachtens sollten sie aber noch weiter ausgebaut werden. Die Demokratisierung der Schule zu stärken, halte ich für höchst notwendig.

Zur Frage, inwieweit Sprache und Geschichte eine Basis für politische Bildung darstellen: Selbstverständlich kann man politische Bildung nicht ohne Sprache oder geschichtliches Wissen praktizieren. Nichtsdestotrotz kann der Deutschunterricht nicht die politische Bildung ersetzen, weil es unterschiedlicher Inhalte und Qualifikationen der Lehrkräfte bzw. außerschulischer Bildner bedarf.

Politische Bildung kann durchaus die Sprachentwicklung fördern, was auch geschieht. Es gibt einige Konzepte von der Landeszentrale für politische Bildung, die dies sehr aktiv verfolgen. Es gibt auch schulische Konzepte, in denen Entsprechendes praktiziert wird. Es ist aber sicherlich nicht die originäre Aufgabe von politischer Bildung, die sprachliche Bildung zu fördern, sondern es geht miteinander einher.

Sie sprachen mich außerdem auf die sozialen Vorurteile bei Lehrkräften an. Es gibt tatsächlich Untersuchungen aus der Ungleichheitsforschung, nach welchen Lehrkräfte – nicht bewusst nicht willentlich und vor allem nicht böswillig – durchaus Schülerinnen und Schüler je nach sozialer Herkunft benachteiligen. Das ist ein Problem, welches in der Lehrerbildung deutlich intensiver thematisiert werden müsste als bisher.

Früher war es in der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen fest verankert, dass jeder Student Veranstaltungen der Fächer Soziologie und Politik besuchen musste. Das ist heute nicht mehr der Fall. Es wäre aber eine wichtige Maßnahme, soziale Ungleichheit zum Gegenstand der Lehrerausbildung zu machen; denn Lehrkräfte könnten Ungleichheitsprozesse allein über die Reflexion selbst erkennen.

Ich möchte aber betonen: Lehrkräfte sind Teil der Gesellschaft. Die Vorurteile, mit denen Menschen aus sozioökonomisch schlechter gestellten Haushalten konfrontiert sind, begegnen auch in der Schule. Die Schule hat natürlich die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten zu fördern, weshalb das sicherlich nichts ist, was wir akzeptieren können.

Frau Freimuth, Sie hatten nach dem Kuratorium gefragt. Ich bin, wie gesagt, nicht die richtige Expertin, um darauf zu antworten, und würde mich deshalb nicht gern weiter dazu äußern.

Dr. Matthias Burchardt (Universität zu Köln): Vielen Dank für die Einladung und die zahlreichen an mich gerichteten Fragen. Damit habe ich gar nicht gerechnet. Nun hat

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Frau Dr. Öztürk schon viel Brillantes gesagt, dem ich mich in vielen Punkten explizit anschließen möchte, weshalb ich auf einige Fragen nicht so intensiv eingehen werde – zumal wir uns angesichts der vielen Fragen nicht verzetteln wollen.

Herr Hagemeier, ich erkenne insbesondere in Nordrhein-Westfalen eine starke Tendenz, dass die Schule weitgehend außerstande gesetzt wird, ihre Bildungsziele zu erreichen und die Grundlage für politische Bildung und politisches Handeln zu schaffen. Ich verweise auf die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Ausbildungsreife und Studierfähigkeit, die erschreckende Ergebnisse aufzeigt. Die Ursachen dafür lassen sich relativ gut benennen.

Bevor wir über all die notwendigen und sinnvollen Dinge sprechen, die in der außerschulischen politischen Bildung geschehen und auch geschehen müssen, müssen wir auch darüber sprechen, inwiefern die Schule noch in der Lage ist, Grundlagen dafür zu schaffen.

Einige Faktoren möchte ich benennen. Die Kompetenzorientierung der Schulen klingt zunächst einmal nach Handlungsbezügen, hat aber weitgehend die Fachlichkeit aus der Schule herausverlagert. Das führt zu dem erheblichen Problem, dass plötzlich das Wissen von Fakten verpönt ist – und dann regt man sich darüber auf, dass es in der Gesellschaft postfaktische Diskussionen gibt. Das Wissen ist also nicht mehr relevant, und es soll reichen, zu wissen, wo man es nachschlagen kann. Lernen müsste man dann auch noch, die Quelle des Wissens zu beurteilen.

Wir müssen meiner Meinung nach zurück zur Fachlichkeit. Die politische Bildung ist ein Querschnittsthema: Es werden fachliche Horizonte zur Beurteilung politischer Fragen erworben, und ohne Sachkenntnisse kann man als Bürgerin oder Bürger nicht sinnvoll politisch handeln oder Entscheidungen treffen.

Zudem rauben die vielen individualisierenden Lehr- und Lernformen an den Schulen die Möglichkeit, im Rahmen der Schulpflicht so etwas wie eine Gemeinschaftserfahrung zu machen, sowie die große Gelegenheit einer Ausmittlung sozialer Milieus, da sozusagen Lernblasen um Menschen herumgezogen werden. Dass Menschen verschiedener Herkünfte oder sozialer Milieus im Rahmen der Schulpflicht miteinander auskommen müssen, ohne dem entgehen zu können, ist ein großes Glück: Sie müssen dort im Kleinen die Gesellschaft im Hinblick auf Aushandlungen und die Gestaltung von Gemeinsamkeit reproduzieren und auflösen. Gruppen- und gemeinschaftsorientierte Lernformen wie der Klassenunterricht sind daher meiner Ansicht nach sehr viel besser als die individuelle Arbeit an Tablets oder Computern, die so etwas wie Homeschooling in einem gemeinsamen Gebäude darstellt. Ich sehe einen großen Bedarf, das Gemeinsame wieder zu betonen.

Insbesondere die Sprache ist für mich ein essenzieller Teil des Politischen schlechthin. Wir wissen es in Bezug auf die Agora in der griechischen Polis; dort hat man im Sprechen das Politische ausgehandelt. Ich möchte hier den politischen Begriff der Demokratie von Hannah Arendt bemühen, welcher das gemeinsame Sprechen und Handeln der Vielen zum Ausgangspunkt des Politischen macht. Dazu muss der Einzelne ermächtigt werden.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die Pädagogik weist in dieser Hinsicht wesentliche Schwächen bei den Lese- und Schreiblernmethoden auf. Das lautgetreue Schreiben führt dazu, dass wir im Grunde in bestimmten sozialen Milieus latente Analphabeten erzeugen. Diese können nicht nur nicht schreiben, sondern sie haben auch nicht den Mut, sich politisch zu artikulieren. Es ist eine Form der Entmündigung, wenn sich jemand, der sich in dieser Beziehung nicht als souverän erlebt, nicht traut, Leserbriefe zu schreiben oder in einer politischen Runde das Wort zu erheben. Die sprachliche Befähigung entspricht daher einer Befähigung zu politischer Partizipation.

Wir müssen auch zwischen Rhetorik und Propaganda unterscheiden. Sprache ist nicht nur Ausdruck, sondern sie beinhaltet, zu verstehen und zu beurteilen, wo man mit Emotionen überwältigt wird und wo jemand an die Urteilskraft appelliert. Auch das muss sprachlich beurteilt werden. Das könnte die Schule wesentlich fundamentaler vermitteln.

Das gilt übrigens auch für den naturwissenschaftlichen und den Geschichtsunterricht. Eine gewisse Geschichtsvergessenheit kann dazu führen, dass Geschichte sich wiederholt. Davor ist natürlich in hohem Maße zu warnen.

Es wäre viel zu tun. Ich sehe in Nordrhein-Westfalen einige positive Ansätze, aber man könnte – an die Fraktion der FDP gerichtet – sehr viel mutiger damit umgehen.

(Angela Freimuth [FDP]: Wir werden es mit dem Koalitionspartner besprechen!)

– Nun ja, das Ministerium ist ja in Ihren Händen.

Die LehrerInnenbildung ist, anders als Sie vermuten, sehr stark an diesen kleinen sozialen Fragen interessiert, aber nicht mehr an den großen pädagogischen Themen der Menschwerdung, des Gemeinsamen und der Fachlichkeit. Es gibt viele Seminare zu Themen wie „Innovieren“, „Gender“ usw., die alle sinnvoll sind, aber der pädagogische Kern zur Befähigung von politischer Bildung könnte meiner Ansicht nach deutlich gestärkt werden.

Frau Paul, Ihre Frage nach der offenen Gesellschaft ist wesentlich. Die offene Gesellschaft besteht, und ich habe den Eindruck, dass sie momentan vor allem unter dem Aspekt der Diversity diskutiert wird. Mich würde interessieren, ob wir in der offenen Gesellschaft nicht nur das Trennende, sondern auch das Verbindende thematisieren müssten. Dann geht es um die wesentlichen Leitfragen des Politischen – nach Gerechtigkeit, nach der Differenz von Arm und Reich, nach Bildung und Unbildung sowie nach Exklusion und Inklusion. Die Klammer, unter der das Politische überhaupt möglich wird, ist das gemeinsam Menschliche. Ob geschlossene oder offene Gesellschaft – diese Klammer bleibt dieselbe.

Zur Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung möchte ich mich Frau Dr. Öztürk weitgehend anschließen. Wichtig wäre mir, dass das Kriterium der Kontinuität der Arbeit erfüllt wird. Es darf nicht sein, dass sich mit jedem Wechsel der parlamentarischen Mehrheiten auch der Kurs der Landeszentrale ändert. Trotzdem brauchen wir eine Legitimation. Diese kann tatsächlich über ein Kuratorium erfolgen, das proportional gemäß den Wahlergebnissen in der jeweiligen Legislaturperiode bestimmt wird.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Auch einen wissenschaftlichen Beirat kann ich mir sehr gut vorstellen. Dieser muss aber kontrovers besetzt sein, und zwar müssen dort auch die Querdenker und Dissidenten der Wissenschaft, die sonst nicht gehört werden, eine Rolle spielen, damit die blinden Flecken, über die Politik und Gesellschaft gern hinwegsehen, ausgeleuchtet werden.

Mein Traum wäre, dass ein solches Kuratorium ein Vorbild darstellt, welches trotz kontroverser Positionen das gemeinsame Anliegen der verantwortungsvollen Gestaltung des Gemeinwohls unter demokratischen Bedingungen realisieren kann. Deshalb sage ich: je kontroverser desto besser. Gleichwohl darf die Unabhängigkeit des Handelns der politischen Bildung dadurch nicht behindert werden.

Falls ich in der zweiten Fragerunde nicht an die Reihe komme, möchte ich noch loswerden, dass ich mich in meinem Gutachten relativ kritisch mit dem Antrag auseinandergesetzt habe. Das habe ich aber nicht getan, weil mir der Antrag in seiner Ausrichtung unangenehm wäre, sondern weil er mir nicht mutig genug ist und nicht weit genug zu gehen scheint.

Wir haben hier ein Problem benannt. Ich wünsche mir, dass wir eine klare Analyse des Politischen vornehmen, den Begriff der Bildung etwas weiter und genauer fassen, den Begriff der Demokratie mutiger verstehen und dass wir das alles in ein Gesamtkonzept einbetten, welches das Verhältnis und die Balance zwischen schulischer und außerschulischer Bildung sowie die gesamte Trägerlandschaft der politischen Bildung einbezieht.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Vielen Dank. Da ich zuvor gesagt habe, dass Sie auch etwas einbetten können, übernehme ich dafür auch die Verantwortung.

(Dr. Matthias Burchardt [Universität zu Köln]: Es war auch nicht zu lang, oder?)

– Nein, es war in Ordnung.

Prof. Dr. Helmut Bremer (Universität Duisburg-Essen): Auch meinerseits herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich habe das Glück, dass viele Dinge schon gesagt wurden, die ich nicht noch einmal wiederholen muss. Deshalb kann ich mich relativ kurz fassen.

An mich sind Fragen gerichtet worden, die das Kuratorium betreffen – die Fragen nach dem „Wie“ und nach den Erfahrungen mit einem Kuratorium möchte ich zusammen beantworten.

Ich halte es für sehr wichtig, eine solche Stelle einzurichten. Die Gründe dafür sind bereits genannt worden: Es geht um eine Aufwertung der Arbeit einer Landeszentrale für politische Bildung und darum, sie stärker sichtbar zu machen.

Auch ich möchte betonen, dass es wichtig ist, dass die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Ich persönlich habe bei Landeszentralen für politische Bildung keine direkten Erfahrungen in Bezug auf die Zusammensetzung eines Kuratoriums, es sind vorhin aber

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

schon Erfahrungen mitgeteilt worden. Ich halte es für wichtig, dass es neben den tragenden politischen Parteien im Landtag auch einen Ort gibt, an dem andere wichtige Akteure der politischen Bildung einen Platz haben; genannt wurde bereits ein wissenschaftlicher Beirat bzw. ein Fachbeirat. Den bereits mitgeteilten Erfahrungen zufolge spricht durchaus etwas dafür, die Gremien voneinander zu trennen.

In NRW könnten Erfahrungen mit dem Landesbeirat für Weiterbildung Aufschluss geben. Das ist zwar etwas anders gelagert, es ist in diesem Fall aber vor einigen Jahren ein Gremium geschaffen worden, in welchem Politik, Wissenschaft und Trägerlandschaft einen gemeinsamen Ort haben, um Themen zu verhandeln. Ich habe von dieser Mischform Gutes gehört, weiß aber nicht, ob man sie auf die Landeszentrale für politische Bildung übertragen kann.

Wenn man sich dafür entscheidet, die Gremien voneinander zu trennen, dann hielte ich es für wichtig, eine Fachstelle einzurichten, in der andere wichtige Akteure der politischen Bildung Gehör finden können, um Themen benennen und auf die Tagesordnung setzen zu können, denen aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich große Relevanz zukommt.

Auch ich würde gern noch zu anderen Themen Stellung nehmen, beschränke mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit aber auf die an mich gerichteten Fragen.

Karima Benbrahim (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen): Auch ich bedanke mich für die Einladung als Sachverständige. Zunächst möchte ich auf die Frage von Frau Paul dazu eingehen, welche Herausforderungen es in einer pluralen Gesellschaft gibt und welche Entwicklungen wir berücksichtigen müssen.

Als zivilgesellschaftlicher Akteur, der besonders in der außerschulischen Bildungsarbeit tätig ist, begrüßen wir natürlich den Antrag zur Stärkung der politischen Bildung. Gerade in Zeiten, in denen autoritäre und demokratiefeindliche Einstellungen stark in der Gesellschaft vertreten sind, ist es umso wichtiger, die Demokratie zu stärken.

Wir müssen uns nur fragen, was „Demokratie“ in diesem Kontext bedeutet. Gerade im außerschulischen Bereich entspricht das Lernen der Demokratie dem Leben der Demokratie – und zwar in ganz unterschiedlichen Aspekten, die wir besonders in der außerschulischen Bildungsarbeit bzw. in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden vorfinden.

Es gibt unterschiedliche Spannungsfelder, in denen die politische Bildungsarbeit überhaupt stattfinden kann. Ich möchte auf unsere Opferberatungsstelle hinweisen, in der von massiven Angriffen auf Menschen mit Fluchtgeschichte oder Menschen, die politisch anders denken, berichtet wird – ebenso wie von Menschen mit Rassismuserfahrung. Es gibt also nicht nur eine starke Verschiebung hin zu rechten Einstellungen, sondern tatsächliche Angriffe, die symptomatisch für die Herausforderungen für die politische Bildung sind.

Zu beobachten ist das gerade bei uns in der Beratungsarbeit und in der Begleitung. Wir finden zum Beispiel eine enorme Überforderung von Lehrerinnen und Lehrern vor,

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die uns fragen, was sie machen sollen, wenn ein Jugendlicher ihnen gegenüber demokratiefeindlich auftritt. Sie wollen wissen, wie sie dagegen ankämpfen können und was sie am Ort der schulischen Bildung dagegen tun können. Wir als außerschulische Institution versuchen, diese Leerstellen zu füllen.

Der außerschulische Raum als wichtiger Ort der politischen Bildung schafft Möglichkeiten zur Partizipation und zur Selbstwirksamkeit hinsichtlich demokratischer Prozesse – Stichwort: Erleben von Aushandlungsprozessen. Bei der Jugendverbandsarbeit beginnt es mit der Organisation einiger Veranstaltungen bis hin zu einem Aushandlungsprozess und dem Reflektieren der eigenen politischen Haltung: Was bedeutet das eigentlich für mich, und was bedeutet es, meine Position im Verhältnis mit der Gesellschaft zu sehen? – Es geht also darum, die Lebenssituation von jungen Menschen im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen.

Die politische Bildung ist somit nicht nur sehr wichtig, sondern der Kern der außerschulischen Jugendarbeit, in dem ermöglicht wird, politische bzw. demokratische Aushandlungsprozesse stattfinden zu lassen und gleichzeitig zu erleben – und zwar sehr stark orientiert an Erfahrungen und Lebenswelt. Es geht somit um eine Erfahrung, die sich im Grunde weit vom Wissen über politische Systeme, Strukturen oder Entscheidungen entfernt. Erlebbar zu machen, was Demokratie bedeutet, heißt, erfahrungsbasiert die lebensweltlichen Möglichkeiten im Alltag einzubeziehen.

Demokratie ist nur dann begreifbar, wenn Menschen aus verschiedenen Milieus und Lebenswelten die Möglichkeit haben, ihre Selbstwirksamkeit zu erleben. Der Zugang dazu ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Sehr oft entstehen Barrieren für sozial benachteiligte Menschen und auch für Menschen anderer Herkunft. In mehreren Studien können wir feststellen, dass die Beteiligung bestimmter Menschen stark von den Bildungsmilieus abhängt, aus denen sie stammen. Die Frage ist, wie wir diejenigen erreichen, die keinen Zugang haben.

Ich komme damit auf die Frage dazu zurück, was das eigentlich in Bezug auf inhaltliche Aspekte, Zielgruppenerreichung und Diversifizierung bzw. Repräsentanz in der generellen Struktur und im Personal bedeutet. Wie bei der politischen Bildung geht es nicht nur darum, Inhalte zu vermitteln, sondern es geht auch um eine strukturelle Ebene, auf der Menschen unterschiedlichster Milieus Repräsentanz innerhalb von Institutionen finden. Das hatte Frau Dr. Öztürk schon angesprochen, und dem würde ich mich vollkommen anschließen.

Hinsichtlich einer offenen Gesellschaft halte ich es nicht für ratsam, die Diversifizierung als Problemstellung zu sehen, sondern sie ist meiner Meinung nach Teil der gesellschaftlichen Realität, die sich in unterschiedlichen Formen abbildet – in Strukturen, im Personal, aber auch in den zielgruppenspezifischen Angeboten.

In meiner Stellungnahme habe ich bereits darauf Bezug genommen, dass Menschen mit Rassismuserfahrung oder in nicht privilegierter Position nicht ausreichend in Bildungsinstitutionen vertreten sind. Das bezieht sich natürlich auch auf lesbische, schwule, bisexuelle, Trans*- und Interpersonen. Es betrifft noch viel mehr Personen,

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

und ich möchte hier nicht verkürzen, wichtig ist aber, dass innerhalb dieser Gesellschaft die Diversifizierung ernsthaft in den Alltag und damit in die Strukturen eingebunden wird. So können sich auch die Angebote diversifizieren.

Frau Professorin Dr. Zurstrassen, einen Aspekt, den Sie hinsichtlich der Herausforderungen, vor denen wir stehen, genannt haben, halte ich für sehr wichtig. Ich bemerke ebenfalls, dass in der politischen Bildung sehr wenig Forschung in Bezug auf Analyse-kategorien wie Rassismus oder soziale Ungleichheit betrieben wird. Es gilt zu überlegen, wie Ansätze und Methoden aufgenommen werden können, um vor Ort mit Lehrerinnen und Lehrern, die – unter anderem – mit Jugendlichen arbeiten, demokratiefeindliche Einstellungen thematisieren zu können.

Nach unserem Ermessen ist die außerschulische Bildungsarbeit sehr wichtig, um die politische Bildungsarbeit zu stärken, weil wir eine Leerstelle innerhalb des Schulsystems füllen und auf Themen aufmerksam machen können, die nicht in der Schule angesprochen werden. Das geschieht in der Jugendhilfe, in den Jugendverbänden, in der Kinder- und Jugendarbeit und auch bei den Selbstorganisationen. Auch die Landeszentrale für politische Bildung ist dafür ein sehr wichtiger Akteur, weil wir häufig erleben, dass dort Bildungsangebote bereitgestellt werden, zu denen es keine anderen Zugänge gibt. Die Landeszentrale ist daher ein sehr wichtiger Partner in Bezug auf die Weiterentwicklung von Konzepten, Methoden und Ansätzen und das Sichtbarmachen von Gruppen.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich danke Ihnen für die Beantwortung der Fragen in dieser ersten Runde. Für die zweite Fragerunde liegen mir Wortmeldungen von Frau Müller-Witt, Frau Gödecke, Frau Paul und Herrn Seifen vor. Bitte schön.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Vorab eine Bemerkung: Herr Dr. Burchardt, ich finde es sehr interessant, dass Sie einige Ergänzungen angebracht haben, die nicht aus Ihrer Stellungnahme hervorgehen. Zur Hälfte kannten wir Ihre Stellungnahme bereits durch Ihre Stellungnahme zum Demokratiefördergesetz, in der Sie wörtlich dasselbe geschrieben haben. Deshalb danke ich Ihnen, dass Sie etwas ergänzt haben.

Herr Professor Dr. Bremer, Frau Professorin Dr. Zurstrassen und Frau Benbrahim: Wie beurteilen Sie angesichts der Maxime der aufsuchenden politischen Bildung „Kommen statt Gehen“ die sozialraumorientierte politische Bildung als Instrument zur Überwindung von Barrieren? Welche Partner braucht man dafür? Wie wirken sich außerdem soziale Milieus auf die Wirksamkeit politischer Bildung und damit auf die Beteiligung an politischen Meinungsbildungsprozessen aus?

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich will eigentlich nicht kommentieren, aber es könnte sein, dass es gewisse inhaltliche Überschneidungen der Themen in den Anträgen gegeben haben könnte, die einen Sachverständigen möglicherweise dazu animieren könnten, sich ähnlich zu äußern. Das wollen wir aber dem Sachverständigen selbst überlassen, und das war eine unpassende Bemerkung von mir.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Carina Gödecke (SPD): Herr Vorsitzender, ich verkneife mir dann eine Replik darauf.

Ich habe eine Frage an all diejenigen Sachverständigen, die sich zur Unabhängigkeit von Landeszentralen für politische Bildung geäußert haben. Ich stimme Ihnen da vollkommen zu, aber ich frage mich, was Sie genau unter Unabhängigkeit verstehen, weil sich mir nicht in jedem Beitrag erschlossen hat, ob es um strukturelle Unabhängigkeit oder um andere Faktoren der Unabhängigkeit geht. Für Nordrhein-Westfalen ist das sicherlich von hoher Bedeutung.

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Zurstrassen und Herrn Professor Dr. Bremer. Wenn ich es richtig gehört und gelesen habe, hat Herr Dr. Burchardt im Grunde der Schule ein absolutes Primat für die politische Bildung zugesprochen. Er hat diese Auffassung sogar in der Überschrift seines vorangestellten Fazits seiner schriftlichen Stellungnahme dadurch Ausdruck verliehen, dass er geschrieben hat: „gegebenenfalls ergänzt durch Träger der politischen Erwachsenenbildung“. Würden Sie diese Haltung teilen?

Josefine Paul (GRÜNE): Mich treibt noch die Frage nach der Zielgruppenerreichung um. Wir haben bereits einiges darüber gehört und konnten auch in den Stellungnahmen nachlesen, dass es natürlich auch in der außerschulischen Bildungsarbeit und in der politischen Bildung ein Ungleichgewicht zugunsten derer gibt, die ohnehin in Sachen Bildung privilegiert sind.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Herrn Professor Dr. Bremer und Frau Benbrahim hinsichtlich der aufsuchenden politischen Bildung – was in diesem Falle auch quartiersbezogene Weiterentwicklung bedeuten könnte – fragen. Wir haben uns bisher sehr stark auf junge Menschen fokussiert, mich würde aber auch interessieren, wie mit solchen Ansätzen auch lebensbegleitende politische Bildung funktionieren kann. Als wie wichtig sehen Sie das an?

Frau Professorin Dr. Zurstrassen, Sie möchte ich in diesem Zusammenhang fragen, wann wir eigentlich mit politischer Bildung ansetzen sollten. Wir sprechen auch im Kontext von Kitas und Kinderbetreuungseinrichtungen über Partizipation, weil wir unter politischer Bildung nicht nur die Demokratieerziehung im engeren Sinne verstehen, sondern auch, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Welche Rolle spielen da auch Bildungseinrichtungen, über die wir bisher noch gar nicht gesprochen haben?

Frau Dr. Öztürk, Sie haben gesagt, dass es nicht Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung ist, schulische Bildung zu machen. Das hat durchaus seine Berechtigung. Frau Dr. Öztürk und Frau Professorin Dr. Zurstrassen, wenn es nicht nur darum gehen soll, nur das klassische Bildungsmilieu zu erreichen, welche Chancen bietet dann die Verknüpfung außerschulischer und schulischer Träger, um einerseits gegebenenfalls politische Bildung in Schule zu stärken und andererseits auch diejenigen zu erreichen, die durch freiwillige Angebote bislang schwerer zu erreichen sind? Das meine ich nicht despektierlich.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Helmut Seifen (AfD): Frau Benbrahim, bei aller Wertschätzung und Hochachtung Ihnen gegenüber möchte ich zwei kritische Fragen stellen. Ich habe Ihre Stellungnahme sehr aufmerksam gelesen. Können Sie verstehen, dass es als herabwürdigend aufgefasst werden kann, wenn bestimmte Bürgergruppen, die sich zum Beispiel zur Zuwanderungspolitik oder überhaupt kritisch äußern, als rassistisch oder rechtspopulistisch bezeichnet werden? Müsste politische Bildung nicht gerade dahingehend wirken, dass man die unterschiedlichen Standpunkte zunächst einmal ohne Emotionalität – *sine ira et studio* – rational erfasst und zulässt; also keinen imperativen Gedanken setzt?

Zweitens habe ich mir Ihre Vorstellungen von politischer Bildung angesehen. Können Sie sich vorstellen, dass Ihr Konzept der politischen Jugendarbeit und Fortbildung als Maßnahme zur Infiltration oder sogar zur Gesinnungserziehung anstatt als Erziehung zum mündigen Bürger aufgefasst werden kann? Muss man, wenn man so vorgehen sollte, wie Sie vorschlagen, nicht befürchten, dass sich dann eher gesinnungsgeschulte Bürger entwickeln anstatt mündige Bürger, die in der Lage sind, Nachrichten kritisch zu betrachten oder Aussagen von Autoritäten zu hinterfragen?

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Das sind doch keine Fragen mehr! –

Frank Müller [SPD]: Suggestivfragen sind ja auch Fragen! – Helmut

Seifen [AfD]: Seien Sie doch mal tolerant! – Frank Müller [SPD]: Ich habe doch gar nichts gesagt! Suggestivfragen sind ja auch Fragen!)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Sie haben aktuell aber auch nicht das Wort. – Wir beginnen nun in umgekehrter Reihenfolge, zunächst bei Frau Benbrahim. Mit Blick auf die Uhr bitte ich um geraffte Beantwortung der Fragen, wie auch in der letzten Runde. Danke schön.

Karima Benbrahim (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in Nordrhein-Westfalen): Ich beginne mit der Frage nach den Möglichkeiten der Erreichung von Zielgruppen in Bezug auf aufsuchende bzw. sozialraumorientierte Arbeit. Das ist meiner Meinung nach ein wesentlicher Bereich, in dem die politische Bildung andere Konzepte und Methoden anwenden muss, um bestimmte Gruppen zu erreichen. Das bezieht sich nicht nur auf Jugendliche, sondern auch auf ältere Menschen und Senioren. Es gibt sehr viele Menschen, die sich bei der Arbeit gerne fortbilden und politische Bildungsangebote annehmen möchten – ob bei Volkshochschulen oder an anderer Stelle.

Wichtig ist, umzudenken. Es gibt Konzepte von Community Building Strategies bis hin zum vermehrten Einbeziehen in den Stadtteil. Was bedeutet es beispielsweise, sich am Abriss eines Gebäudes zu beteiligen, das zuständig für Angebote war?

Ob im öffentlichen Raum oder nicht: Ich glaube, dass die aufsuchende Arbeit in dieser Hinsicht sehr viel leisten kann. Das erfordert aber ein Umdenken in der politischen Bildung bzw. derjenigen, die sich in der politischen Bildung engagieren. Diskutiert ha-

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

ben wir das beispielsweise in Bezug auf Geflüchtete. Da geht es nicht anders, als aufsuchende Arbeit auch dann anzulegen, wenn es darum geht, Bildungsangebote beispielsweise in Unterkünften zu schaffen.

Es geht aber nicht nur darum, sondern es geht auch darum, andere Konzepte anzuwenden, wenn wir andere soziale Milieus erreichen wollen. Ich komme damit darauf zurück, was Frau Dr. Öztürk gesagt hat. Es hat etwas mit Ansprache und Repräsentanz zu tun; mit Methoden und Möglichkeiten, Menschen zu erreichen. Diese müssen anders gestaltet werden, als es bisher der Fall ist. Aktuell sind sie in einer Einrichtung gebündelt, zu der Menschen hingehen und sich sozusagen Leistungen abholen. Es gilt Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen, Menschen zu erreichen. Meiner Meinung nach erfordert das aber, genau die Rahmenbedingungen dafür zu überprüfen, wann und wie politische Bildung stattfinden kann.

Den Ansatz von Frau Professorin Dr. Zurstrassen, zu überlegen, außerschulische Bildungsarbeit mit der schulischen Bildungsarbeit zu kombinieren, finde ich sehr richtig. Wir machen selbst die Erfahrung, dass wir sehr oft von Schulen angesprochen werden, und wir sind auch in der Beratungsarbeit tätig. Meiner Meinung nach muss das verstärkt werden. Mein Verständnis von politischer Bildung ist nicht, dass sie nur in der Schule stattfinden sollte.

Wo soll sie angesichts der Verdrängung im Schulunterricht sonst stattfinden? – Sie sollte nicht über digitale Medien erfolgen, aus denen man sich Meinungen holt, sondern es gilt danach zu fragen, wie man Selbstwirksamkeit erleben kann. Es geht also auch um Medienkompetenz und darum, einschätzen zu können, woher Nachrichten kommen – sind sie Fake News oder sogar Hate Speech?

Ich würde es sehr begrüßen, wenn zwischen außerschulischer Bildungsarbeit und schulischer Bildungsarbeit eher eine Verknüpfung und keine Konkurrenz gesehen würde. Durch das Wissen aus der außerschulischen Bildungsarbeit werden Leerstellen gefüllt, für die es in der Schule möglicherweise gar keinen Raum geben kann, weil die Fachdidaktiken der jeweiligen Fächer es nicht zulassen. Bestimmte Themen sind dann gar nicht thematisierbar.

Herr Seifen, zu Ihrer Frage dazu, ob meine Stellungnahme eine offensive Haltung hinsichtlich Rassismuskorrekturen hervorrufen kann, kann ich nur sagen, dass Rassismus kein Phänomen ist, das – wie Astrid Messerschmidt es formuliert – in einem postnationalsozialistischen Verhältnis steht. Wir erfahren, dass es eine Verschiebung gibt, nach welcher Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Alle Studien – zum Beispiel die „Mitte“-Studien – zeigen sehr deutlich, dass es nicht nur um bestimmte Menschengruppen geht, sondern dass Haltungen und Einstellungen sich in der Gesellschaft insgesamt verschoben haben.

Das ist meiner Meinung nach auch keine emotionale Debatte, sondern es handelt sich im Gegenteil um eine Analysekategorie, die wichtig ist, um Forschung zu betreiben und die auch in die politische Bildung mit einfließen sollte. Auch Andreas Zick hat dazu einige Studien veröffentlicht.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich halte Ihre Vermutung, dass es sich um so etwas wie einer Infiltrierung handeln könnte, für etwas maßlos. Es geht nicht darum, dass wir Menschen sagen, sie seien Rassisten, sondern es geht darum, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, was Demokratie bedeutet; nämlich Pluralität zu akzeptieren, die Meinungsvielfalt auszuhandeln und im Aushandlungsprozess andere Meinungen zu akzeptieren anstatt Menschen wegen anderer Meinungen zu gefährden.

Ihrer kritischen Nachfrage möchte ich entgegenhalten, dass auch die Haltung gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ein wichtiger Bestandteil der politischen Bildung ist und Konsens bzw. Grundwert demokratischer Kultur sein sollte und es hoffentlich auch bleibt. Wir werben dafür, nicht bestimmten Menschen oder Gruppen, sondern allen Menschen und sozialen Gruppen anzubieten, sich mit diesem Themenschwerpunkt auseinanderzusetzen.

Prof. Dr. Helmut Bremer (Universität Duisburg-Essen): Hinsichtlich Sozialraumorientierung und aufsuchender Arbeit haben in der Tat viele Studien nachgewiesen, dass man andere Wege gehen muss, wenn man durch herkömmliche Bildungsarbeit schwer erreichbare Zielgruppen erreichen will. Ich beziehe mich dabei in erster Linie auf Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildungsarbeit.

Als Bildungsanbieter sind wir es meist nicht gewohnt, diese anderen Wege zu gehen und Strukturen dafür zu entwickeln, weil wir im Grunde von Kommstrukturen ausgehen. Wir bewerben bestehende Angebote und erwarten, dass Teilnehmende kommen. Bei bestimmten Bevölkerungsgruppen funktioniert das nicht, was aber – auch das ist nachgewiesen – nichts damit zu tun hat, dass sie kein Interesse an Bildung oder Politik haben, sondern dass sie es nicht in der angebotenen Art und Weise zum Ausdruck bringen.

Um diesen Mechanismus aufzuheben, ist es sinnvoll und nützlich, Strategien aufsuchender Arbeit zu entwickeln. Sie sind ursprünglich von Paulo Freire als Form der Bildungsarbeit in Südamerika entwickelt worden und hier bei uns viel stärker durch die soziale Arbeit aufgenommen worden. In der Bildungsarbeit mit Erwachsenen werden sie sehr wenig berücksichtigt.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir das in der Erwachsenenbildung nicht können oder wollen, sondern es hat auch etwas mit Förderstrukturen zu tun, weil die Förderung da im Grunde schlecht möglich ist. Wenn man das ermöglichen will, muss man sich diesem Aspekt widmen.

Der zugrunde liegende Gedanke ist, Distanzen zu überwinden, indem nicht darauf gewartet wird, dass Menschen kommen, sondern Brücken zu ihnen geschlagen werden. Man muss dafür Kooperationen mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Organisationen eingehen, die schon im jeweiligen Sozialraum verankert sind. Mit diesen gilt es Bildungskonzepte zu entwickeln. Dabei überschreitet man auch disziplinäre Grenzen; was nicht immer einfach und unumstritten ist, aber man weiß, dass es funktioniert. Wichtig ist dabei, auch Schlüsselpersonen einzubinden, die derartige Brücken schlagen können.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das ist eine andere Art, Bildungsarbeit zu organisieren, die aber gerade dann, wenn es um benachteiligte oder schwer zu erreichende Zielgruppen geht, sehr vielversprechend ist. Das gilt besonders für die politische Bildung, weil dort viel stärker Handlungs- und Alltagsorientierung aufgenommen werden können.

Wir wissen auch aus Projekten, die wir gemeinsam mit der Landeszentrale über mehrere Jahre hinweg durchgeführt bzw. sie wissenschaftlich begleitet haben, dass gerade Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Milieus besonders von einer stärkeren Orientierung an Handlung, Lebenswelt und Quartier profitieren. Sie machen dann Selbstwirksamkeitserfahrungen, die sie in schulischen Settings häufig eher nicht machen. Das ist sehr hilfreich, weil sie dann beginnen, sich für Politik zu interessieren, und somit Lern- und Bildungsprozesse angestoßen und unterstützt werden können.

Für diese Art der Kooperation und Vernetzung sind Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Trägern oder Institutionen wichtig. Das wurde heute schon mehrfach betont, und auch ich möchte unterstreichen, dass es eigentlich selbstverständlich ist. Es war Ansatz einiger Projekte, die wir wissenschaftlich begleitet haben, Gruppen durch diese Kooperationen anders zu erreichen und ihr Interesse für politische Lernprozesse zu steigern.

Weil es thematisch passt, komme ich damit schon zur Frage des Primats der Schule als Ort der politischen Bildung. Zugespielt würde ich nicht sagen, dass die Schule das Primat haben sollte. Umgekehrt würde ich aber auch nicht sagen, dass es der außerschulischen politischen Bildung zukäme. Ich halte es nicht für richtig, beide Seiten gegeneinander auszuspielen.

Man muss genau betrachten, wo der Vorteil der Schule zu sehen ist: Alle Kinder und Jugendlichen kommen dort zusammen. Sie ist auch der Ort, wo systematisches Lernen vermittelt wird. Andererseits erfahren viele Menschen aus benachteiligten Milieus Schule nicht immer als Lernort, sondern als Ort von Disziplinierung bzw. als fremde Welt, in der sie nicht zu Hause sind. Gerade an dieser Stelle wären außerschulische Träger oder Erfahrungen, die in außerschulischen Angeboten gemacht werden, außerordentlich nützlich und hilfreich. Auch diese Erfahrungen bestätigen sich in Projekten, die von der Landeszentrale durchgeführt wurden.

Statt schulischen und außerschulischen Bereich gegeneinander auszuspielen, ist es wichtig genau zu prüfen, wer an welchem Ort welche Erfahrungen macht und wie man das miteinander verbinden kann.

Frau Paul, zu Ihrer Frage nach der aufsuchenden Arbeit mit Erwachsenen stimme ich Ihnen vollkommen zu. Wir haben über mehrere Jahre hinweg Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Trägern der Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen gemacht. Da ging es nicht nur, aber auch um politische Themen. Die aufsuchende Arbeit funktioniert auch mit Erwachsenen. Man muss dann die Vernetzungsstrukturen etwas umgestalten, aber auch dort gibt es Institutionen, Verbände und Initiativen, die eine Nähe zu Zielgruppen haben, die man erreichen will. Mit diesen muss man kooperative Angebote entwickeln.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dr. Matthias Burchardt (Universität zu Köln): Ich habe gerade beschlossen: Wenn ich noch mal zu diesem Thema eingeladen werden sollte, würde ich den Absatz, den ich wiederholt habe, noch einmal in meine Stellungnahme aufnehmen, weil er meines Erachtens einen wesentlichen Horizont aufmacht, der in der Diskussion bisher nicht hinreichend gewürdigt wurde.

Es besteht die Gefahr, dass wir bei der politischen Bildung vor allem Symptomkorrekturen und Oberflächenphänomene im Blick haben, die grundsätzliche Erosion der politischen Wirklichkeit und der politischen Begriffe aber nicht hinreichend berücksichtigen.

Deshalb möchte ich es etwas anders darstellen als bisher: Ich halte den Begriff der Selbstwirksamkeitserfahrung einerseits für notwendig, andererseits aber für eine Verniedlichungsform von politischer Bildung. Denn die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in früher Kindheit wird – so wichtig sie ist – irgendwann durch eine Selbstunwirksamkeitserfahrung im politischen Raum ergänzt, wenn politische Prozesse anonymisiert als alternativlose Transformationen und Wandel dargestellt werden, die hinzunehmen und zu akzeptieren sind.

Das Gefühl, selbst Teil der Gestaltung politischer Wirklichkeit zu sein, ist vielen Menschen abhandengekommen. Das ist eine Ursache dafür, dass man sich an alternativen Medien orientiert, alternative politische Wege aufsucht und dafür, dass diese Vertrauenskrise im politischen Raum entstanden ist. Ich bin der Meinung, dass die Analyse ohne diese Perspektiven viel zu kurz greift und der Begriff des Politischen etwas zu knapp bleibt.

Ich bin nicht der einzige, der für das Primat der Schule plädiert hat. Auch Volker Ladenthin hat in seiner Stellungnahme etwas Ähnliches im Blick gehabt. Ich will damit nicht die anderen Formen der politischen Bildung diskreditieren, möchte aber auch die Argumente von Professor Dr. Bremer wiederholen: Schulische Bildung erreicht alle, und sie ist zeitlich vorgelagert. Gesetzt den Fall, dass schulische Bildung Exklusionen evoziert, dann ist das dennoch kein Argument gegen die schulische Bildung, sondern gegen die Faktizität der jeweiligen Schule, die Räume schaffen und Erfahrungen anbieten muss.

Ob die Schule Nachhilfe aus der politischen Bildung benötigt, möchte ich infrage stellen. Ich bin der Meinung, dass die schulische Bildung einen durch die Landesverfassung geprägten Bildungsauftrag hat, den sie durchaus wahrzunehmen in der Lage ist, solange sie nicht durch gewisse Umstände, die ich gerade genannt habe, gehindert wird.

Ich würde daher eher den Bereich der schulischen politischen Bildung in seiner vorbereitenden Funktion stärken. Wenn diese vorbereitende schulische Bildung erfolgreich ist, könnten die darauf folgende Jugendarbeit und flankierende Maßnahmen sicherlich auf wesentliche, durch die schulische Bildung geschaffene Grundlagen aufsatteln und damit auch an Attraktivität und Reichweite gewinnen.

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Deutsche Vereinigung für politische Bildung e. V.): Zur politischen Bildung unter dem Motto „Kommen statt Gehen“: Professor Dr. Bremer hat angesprochen, dass in die Quartiere und in die Stadtviertel zu gehen eine Möglichkeit ist, soziale Barrieren zu überwinden.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist, dass man stärker bedarfsgerecht arbeiten kann. Man kann mit den Menschen darüber diskutieren, wo sie Handlungsbedarfe haben und entsprechend mit ihnen aushandeln, was man macht. Es werden also nicht Angebote von oben herab unterbreitet, um dann zu schauen, wer sie annimmt.

Wichtig ist das Konzept der Quartiersentwicklung, das auch im Antrag angesprochen wurde; es stand unter dem Motto „alle mitnehmen“. Ich halte das für ein ausgesprochen interessantes Konzept, weil es meines Erachtens eine starke inklusive Funktion haben kann. Statt separierender Maßnahmen braucht es Projekte, die bürgerschaftliches Engagement über gesellschaftliche und soziale Gruppen hinweg stärken. Im Bereich der Quartiersentwicklung können wir in dieser Hinsicht einiges erreichen. Wir hoffen, dass die Menschen sich durch das Erleben politischen Handelns stärker verwurzelt fühlen können, das Gefühl von Zugehörigkeit in den Quartieren gestärkt werden kann und dass durch die interaktive Erfahrbarkeit von Gesellschaft das Bewusstsein für Politik und Gesellschaft gefördert werden kann.

Ich sehe in dieser Hinsicht große Chancen. Ich habe in meiner Stellungnahme auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Schule einzubeziehen. Das Einbeziehen der Schule ist nicht nur wichtig, weil die Schule den Zugang zu vielen sozialen Gruppen eröffnet – zu diesem Aspekt habe ich auf die DJE-Studie hingewiesen, die diesen Zusammenhang sehr deutlich herausgearbeitet hat –, sondern Schule ist Teil des Quartiers und auch die Schule kann weitere Demokratisierungsprozesse erfahren.

Zur Frage nach der Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung: Dazu, wie wir das operationalisieren, könnte man vermutlich einen großen philosophischen Diskurs eröffnen. Mir ist Unabhängigkeit auf verschiedenen Ebenen wichtig. Unabhängigkeit muss strukturell, inhaltlich und auf personeller Ebene gewährleistet werden. Im Rahmen der ersten Fragerunde habe ich gesagt, dass ich ein Kuratorium für interessant halte, wenn es vornehmlich eine beratende und nicht eine direktive Funktion hat.

Die Frage nach dem Primat der Schule im Bereich der politischen Bildung betreffend müsste ich als Vertreterin eines Verbandes, dem viele Lehrkräfte angehören, eigentlich jubeln und sagen: Das muss so sein! Zwar bietet die Schule neben der Kita eine der ersten institutionellen Begegnungen mit formaler politischer Bildung, politische Bildung findet aber auch schon vorher statt: Die Medien bilden politisch, und im öffentlichen Raum gibt es viele Möglichkeiten der Begegnung mit politischer Bildung. Die Schule ist eine zentrale Institution, nichtsdestotrotz gibt es Angebote, die Schule nicht unterbreiten kann, weil die politische Bildung institutionell an die Schule anders angebunden ist als an außerschulische politische Bildner. Ich bin der Meinung, dass die schulische und die außerschulische politische Bildung sich sehr gut und fruchtbar ergänzen können.

Des Weiteren endet das Bedürfnis nach politischer Bildung nicht nach der Schule. Es gibt Weiterentwicklungen im politischen Feld, und es gibt gesellschaftliche Fragen, zu denen Menschen Orientierung wünschen. Hier kann vor allem die außerschulische, non-formale – wie auch immer man sie bezeichnet – politische Bildung einen erheblichen Beitrag leisten, was sie auch tut.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich warne ganz dringend davor, schulische und außerschulische Bildung gegeneinander auszuspielen. Sie haben unterschiedliche Funktionen in dem System der politischen Bildung. Wichtig ist, dass wir miteinander kooperieren; denn es könnte nichts Schlimmeres passieren, als dass wir unsere Energien dafür aufwenden, gegeneinander zu agitieren.

Bezogen auf die Frage dazu, wann politische Bildung ansetzen soll, ist zu sagen: Sie setzt schon in den Kitas und den Grundschulen an. Sie könnte dort selbstverständlich auch weiter ausgebaut und elaboriert werden. Kitas und Grundschulen stellen außerdem die ersten institutionellen Formen politischer Bildung dar. Ich halte dies für sehr wichtig, weil politische Sozialisation auch schon in diesem Alter beginnt. Sie muss entsprechend weiterentwickelt werden. Es ist daher ganz wichtig, Kitas und Grundschulen nicht zu vergessen; ich habe sie aber auch dann, wenn ich von Schule spreche, im Blick.

Nicht im Blick ist häufig auch das Berufskolleg, das aber eine ganz zentrale Institution für die politische Bildung ist. Der Übergang von Schule in Arbeitswelt und Beruf wird von Menschen häufig als biografischer Krisenmoment erfahren bzw. zumindest als ein herausfordernder Moment. Wir wissen aus Studien, dass das Bedürfnis nach politischer Bildung und gesellschaftlicher Orientierung zunimmt. Es gibt in der Berufsschule also noch einmal eine ganz große Chance, junge Menschen zu erreichen, die wir später nicht mehr mit Angeboten der politischen Bildung erreichen können – es sei denn, wir gehen stärker in die Quartiere und öffnen uns hinsichtlich unserer Methoden.

In einer Ihrer letzten Fragen ging es noch einmal um die Chancen, die sich eröffnen, wenn schulische und außerschulische politische Bildung zusammenarbeiten. Ich habe dazu schon das eine oder andere ausgeführt, und Herr Professor Dr. Bremer hat auch schon einiges dazu dargelegt. Ich würde daher nicht noch einmal darauf eingehen.

Ulrika Engler (Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen): Ich möchte mich noch zu der Frage von Frau Gödecke zum Thema der Unabhängigkeit der Landeszentralen äußern. Ich halte es für sehr wichtig, dass sowohl der strukturelle als auch der inhaltliche Aspekt berücksichtigt werden.

Strukturell stellt sich die Frage, wie die Landeszentrale an das Ministerium angegliedert ist – wenn sie denn an das Ministerium und nicht an den Landtag angegliedert ist; in Baden-Württemberg gibt es interessante Beispiele dazu. Ich halte es für wichtig, dass sie auch beim Ministerium als unabhängige Institution betrachtet wird; als Stabstelle, die an der Hausspitze angesiedelt ist.

Ein Kuratorium trägt meiner Ansicht nach dazu bei, dass deutlich wird, dass es um den Zugang zu Politik geht – mit dem Auftrag, die Überparteilichkeit sicherzustellen. Das Kuratorium sollte nicht direktiv in die inhaltliche Arbeit eingreifen, sondern als Korrektiv wirken. Es ist ein interessantes Gremium, um fachliche Diskurse aus verschiedenen Perspektiven zu führen. Aus meiner Sicht ist es ein unterstützendes Gremium für die politische Bildung insgesamt im politischen Raum, aber eben mit Blick auf die plurale Landschaft der Träger der politischen Bildung.

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dr. Asiye Öztürk (Bundeszentrale für politische Bildung): Hinsichtlich der Unabhängigkeit der Landeszentrale halte ich es für wichtig, den Aspekt der demokratischen Legitimität des Handelns einer Zentrale für politische Bildung nicht aus dem Blick zu verlieren. Ich halte es daher für wichtig und für die Arbeit insgesamt für ein starkes Argument, Teil der Exekutive oder der Legislative – je nach Kontext – zu sein.

Mit „Unabhängigkeit“ meine ich die weitgehende Unabhängigkeit im Setzen der Inhalte und in der Ausformulierung der Projekte und Formate. Sie sollte beispielsweise durch klar formulierte Geschäftsordnungen und andere Instrumente dieser Art festgesetzt werden. Diese Form der Unabhängigkeit bedeutet natürlich nicht, als Solitär irgendwo im politischen Orbit unterwegs zu sein.

Zu den Chancen der Kooperation von schulischer und außerschulischer politischer Bildung: Ich habe natürlich sehr stark aus der Perspektive der Bundeszentrale für politische Bildung heraus einen starken Fokus auf die Rolle der außerschulischen politischen Bildung gelegt, da es uns nicht erlaubt ist, an Schulen aktiv zu sein und wir nur dann an Schulen gehen können, wenn wir von einzelnen Schulen dazu eingeladen werden.

Wie alle Vorrednerinnen und Vorredner bin ich natürlich der Meinung, dass eine Kooperation stattfinden muss und diese Bereiche aus verschiedensten Gründen komplexer sind. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, wie sich politische Identitäten und politische Sozialisation in der heutigen Zeit eigentlich bilden und durch welche Formen der Berührung mit politischen Themen Schülerinnen und Schüler ihre politische Subjektivität herausbilden. Dies gelingt – gerade angesichts des Trends zu Erlebnisorientierung und Aktion, die stark zur Sozialisation beitragen – in der Regel an Orten jenseits des Unterrichts und jenseits des sehr restriktiven, durch das Curriculum strukturierten Schulalltags und Schulbetriebs.

Unter Umständen ist der Lernort „Fußballstadion“ genauso ergiebig bzw. genauso in den Blick zu nehmen wie der Lernort „Schule“. Nichtsdestotrotz kommt natürlich Schule als besonderer Ort, an dem Demokratie und die Vielfalt der Gesellschaft im Kleinen ausgeführt werden, eine besondere Rolle zu. Politische Identitäten entstehen heutzutage aber eben nicht nur durch Institutionenkunde.

Ich möchte in diesem Kontext einen zweiten Punkt anbringen, der vielleicht nur bedingt passt. In Bezug auf das Stichwort „Schule erreicht alle“ bin ich der Meinung, dass diese Aussage irgendwie stimmt, irgendwie aber auch nicht. Grundsätzlich trifft das in bestimmten Lebenszeiten sicherlich zu, aber betrachtet man diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, in denen das Misstrauen gegenüber Institutionen der repräsentativen Demokratie besonders groß ist, dann geht es vor allem um die sogenannten Berufsaktiven. Es geht um diejenigen, die aus dem Bildungssystem ausgeschieden und in das Berufsleben eingetreten sind.

Im Grunde gibt es für diese Gruppe sehr wenige Angebote und eine sehr gering ausgeprägte politische Bildungsstruktur. Diejenigen, die sich mit Erwachsenenbildung beschäftigen, können ein Lied davon singen. In der Masse handelt es sich gerade bei diesen Zielgruppen um diejenigen, die laut Studien aktuell ein besonderes Misstrauen

Hauptausschuss (12.)

15.03.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (14.)

exn

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

gegenüber politischen und demokratischen Verfahren hegen. Sie müssten daher eigentlich stärker in den Fokus gerückt werden.

Herr Dr. Burchardt, die Selbstwirksamkeitserfahrung betreffend hatten Sie angesprochen, dass man durch die Verlagerung in digitale Räume praktische Erfahrungen dieser Art nicht mehr macht. Aktuelle Studien der Hans-Böckler-Stiftung – im August und auch erst vor Kurzem veröffentlicht – zeigen, dass die Gestaltungsfähigkeit beispielsweise in Betrieben und am Arbeitsplatz sich in den letzten Jahrzehnten extrem verschlechtert hat. Das hat verschiedenste Gründe, auch die Gestaltungsfähigkeit von Unternehmensführungen an sich betreffend.

Die Frage, wie man substantiell partizipieren und das eigene Umfeld mitgestalten kann, bezieht sich nicht nur auf die Kompetenz, sondern auch auf die sozialen Verhältnisse. Es ist eine besondere Herausforderung für die Profession der politischen Bildung insgesamt – ob schulisch oder außerschulisch –, in einem entstrukturalisierten bzw. entkernten Umfeld Partizipationsmethoden zu entwickeln. Das erfordert die Zusammenarbeit sämtlicher Träger.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Wir haben eine intensive und spannende Anhörung erlebt. Ich danke den Sachverständigen im Namen des gesamten Ausschusses.

Sobald das Protokoll vorliegt, werden wir uns intensiv in den beiden beteiligten Ausschüssen mit der Auswertung der Anhörung beschäftigen und dann entsprechende Voten erarbeiten.

Wir haben es diesmal mit dem sogenannten umgekehrten Verfahren zu tun; wir bereiten also eine Beschlussempfehlung für das Plenum vor, um es dann im Plenum erstmals in der Sache zu diskutieren. Das bietet die Möglichkeit, die Erkenntnisse aus der Anhörung auch im Plenum noch einmal einzubringen.

Erneut: Herzlichen Dank an die Sachverständigen, dass Sie heute Zeit für uns hatten.

(Allgemeiner Beifall)

Kommen Sie gut nach Hause oder zu Ihrer Arbeit, die Sie für uns unterbrochen haben.

Herzlichen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, die Fragen gestellt und so zur Anhörung beigetragen haben.

Damit schließe ich die Sitzung.

gez. Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender

Anlage

23.03.2018/28.03.2018

266

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung
**„Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben –
Politische Bildung muss alle mitnehmen!“**
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/815

Donnerstag, dem 15. März 2018
10.00 Uhr, Raum E 3 A 02

Tableau

Eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Bundeszentrale politische Bildung Grundsatzabteilung Bonn	Dr. Asiye Öztürk	----
Landeszentrale für politische Bildung NRW Maria Springenberg-Eich Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	----
Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen Hannover	Ulrike Engler	17/449
Deutsche Vereinigung für politische Bildung Landesverband NRW Duisburg	Professorin Dr. Bettina Zurstrassen	17/381
Universität Köln	Dr. Matthias Burchardt	17/445
Bonner Zentrum für Lehrerbildung Bonn	<i>keine Teilnahme</i>	17/365
Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke	<i>keine Teilnahme</i>	----
Institut für Berufs- und Weiterbildung Universität Duisburg-Essen	Professor Dr. Helmut Bremer	17/446
Bertelsmann Stiftung Dr. Robert Vehrkamp Gütersloh	<i>keine Teilnahme</i>	----
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein- Westfalen Düsseldorf	Karima Benbrahim	17/447